

# Aus deutscher Sicht: Entwicklungserfolge sind in Peru bedroht

*Die Entwicklung Perus von der Jahrtausendwende bis 2016 war beeindruckend: von einem nahezu gescheiterten Staat hin zu einem Modell für demokratische Stabilisierung mit beeindruckendem Wirtschaftswachstum. Auch bei der Armutsbekämpfung hatte Peru bemerkenswerte Erfolge vorzuweisen, die Zahl der Peruanerinnen und Peruaner unterhalb der nationalen Armutsgrenze fiel von fast 50 Prozent im Jahr 2006 auf rund 20 Prozent im Jahr 2019.*

Der intensive deutsche Einfluss um die Jahrhundertwende wurde auch kritisiert, wie beispielsweise Eduardo de la Barra abfällig über eine „deutsche Verhexung“ schrieb. Für diese Kritik wurde de la Barra selbst von Kritikern als „Romanizer“ bezeichnet. Der Einfluss erreichte seinen Höhepunkt in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg, und das Ansehen Deutschlands und der deutschen Dinge in Peru blieb nach dem Krieg hoch, erholte sich jedoch nicht auf das Vorkriegsniveau.

Doch durch die fragile politische Lage in den vergangenen Jahren und die Corona-Krise ist Peru stark zurückgeworfen worden: 2020 stieg die Armutsquote rapide auf rund 30 Prozent an. Vor allem in den Städten (wo zwei Drittel der Armen leben) war der Anstieg deutlich zu spüren, innerhalb eines Jahres verdoppelte sich die urbane Armutsquote fast auf 26 Prozent.

Auch die wirtschaftliche Entwicklung erhielt durch die Corona-Krise einen Dämpfer: Zeichnete sich in den Jahrzehnten vor Corona mit einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 4,8 Prozent noch ein positiver Trend in der wirtschaftlichen Entwicklung Perus ab, schrumpfte die peruanische Wirtschaft im Jahr 2020 um 11,5 Prozent.

Im Land bestehen weiterhin erhebliche soziale und regionale Ungleichheiten: Große Bevölkerungsgruppen sind oft noch vom positiven Entwicklungsprozess ausgeschlossen. Und auch die geringe Präsenz und Leistungsfähigkeit des Staates in den entlegenen Regionen sind zentrale Herausforderungen für die nachhal-

tige Entwicklung des Landes. Peru und Deutschland verbindet eine lange und erfolgreiche Geschichte der Zusammenarbeit. 2020 sagte Deutschland der peruanischen Regierung Mittel in Höhe von 235,2 Millionen Euro neu zu. Von dieser Summe entfallen 202 Millionen Euro auf die finanzielle und 33,2 Millionen Euro auf die technische Zusammenarbeit (Lexikon-Eintrag zum Be-



Straßenszene in Peru

griff aufrufen)\*. Darüber hinaus wurden 2020 weitere 257,8 Millionen Euro bereitgestellt, insbesondere zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie. Angesichts der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Perus handelt es sich bei den Zusagen überwiegend um zinsverbilligte Kredite.

Die Entwicklungszusammenarbeit zwischen Deutschland und Peru ist auf die Agenda 2030 (Lexikon-Eintrag zum Begriff aufrufen)\* ausgerichtet und konzentriert sich auf drei Kernthemen: Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, Klima und Energie, Just Transition Frieden und gesellschaftlicher Zusammenhalt.

Zusätzlich engagiert sich die deutsche Entwicklungszusammenarbeit über Regional- und Sektorvorhaben in einer Vielzahl von Themenfeldern, wie Bergbau oder illegale Finanzströme. Deutschland unterstützt überdies vielfältige Kooperationen mit privaten Trägern, politischen Stiftungen und der Wirtschaft. Im Bereich der

Dreiecks Kooperationen gibt Peru seine Erfahrungen aus der deutsch-peruanischen Zusammenarbeit an andere Entwicklungsländer weiter.

Eine enge Abstimmung innerhalb der Bundesregierung erfolgt mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucher-

schutz, das sich im Rahmen der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI) ebenfalls umfangreich in Peru engagiert.

Zusätzlich engagiert sich die deutsche Entwicklungszusammenarbeit über Regional- und Sektorvorhaben in einer Vielzahl von Themenfeldern, wie Bergbau oder illegale Finanzströme. Deutschland unterstützt überdies vielfältige Kooperationen mit privaten Trägern, politischen Stiftungen und der Wirtschaft. Im Bereich der Dreiecks Kooperationen gibt Peru seine Erfahrungen aus der deutsch-peruanischen Zusammenarbeit an andere Entwicklungsländer weiter.

Eine enge Abstimmung innerhalb der Bundesregierung erfolgt mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucher-

Bewegte jüngere Geschichte: Peru wurde in den 1980er Jahren durch Terror von Guerillabewegungen maoistischer Prägung (Leuchtender Pfad) geprägt. Darauf folgte eine autoritäre Regierung unter Präsident Alberto Fujimori. 2001 kehrte das Land auf den demokratischen Weg mit demokratischen Regierungswechseln zurück. Die Jahre seit 2016 sind geprägt von Übergangsregierungen, schnellen Machtwechseln und dem seit der Präsidentschaftswahl 2016 bestehenden Konflikt zwischen Legislative und Exekutive. Dieser gipfelte im November 2020 in der Amtsenthebung des damaligen Präsidenten Martín Vizcarra und der Ernennung von Francisco Sagasti zum Interimspräsidenten. Streiks, Proteste und Krisen waren die Folge, ebenso wie geringes Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung. Der im Juni 2021 gewählten Regierung unter Präsident Pedro Castillo ist es bisher nicht gelungen, die politische Stabilität wieder herzustellen: Seit Amtsantritt bis April 2022 wurde bereits vier Mal das Kabinett umgebildet.

Peru befindet sich nach wie vor in einer Aufbauphase demokratischer staatlicher Institutionen. Hierzu gehören, als zentrale Zielsetzungen der peruanischen Regierung, die Umsetzung der Dezentralisierung sowie die Vorbeugung und Bekämpfung von Korruption.

Mit einer Größe von 1,28 Mio. km<sup>2</sup> ist Peru das größte der Andenländer. Von rund 32 Millionen Einwohnern gehören etwa 47% zu indigenen Bevölkerungsgruppen – so viele wie in keinem anderen südamerikanischen Land. Die Peruaner unterteilen ihre Heimat in drei Regionen. Die Costa, Perus 2.400 km lange Küste, beheimatet den Hauptstadtdistrikt Lima und das Gros wirtschaftlicher Aktivitäten.

Das Andenhochland Sierra ist dank Macchu Pichu und weiterer Inka-Stätten eine der touristischen Top-Destinationen des Kontinents. In der Selva, dem Regenwald, findet sich eine einzigartige Artenvielfalt. Für fast 300 Jahre stand Peru unter spanischer Kolonialherrschaft und erlangte 1821 als letztes südamerikanisches Land die Unabhängigkeit von Spanien.